

Stellungnahme zum Antrag „Realitätsferne Grenzwertpolitik“

der Fraktion der AfD, Drucksache 17/12746

Prof. Dr. Michael Schreckenber, Duisburg

Der vorliegende Antrag befasst sich mit im Rahmen der EURO-7-Abgasnorm diskutierten Verschärfungen sowohl der Grenzwerte wie der Testverfahren. Es wird zudem kritisiert, dass bei der Erstellung des Vorschlags der Europäischen Kommission Technikexperten außen vor gelassen worden sind und politische Erwägungen im Vordergrund gestanden haben.

Dieser erste Entwurf der EU-Kommission weist in der Tat einige Ungereimtheiten auf, darauf zielt der Antrag auch konkret ab. Insbesondere ist die technische Umsetzbarkeit ein Hauptargument. Es liegt hier erneut ein typischer Fall von „Wissenschaftsignoranz“ vor, der weitreichende Konsequenzen haben dürfte.

Anstelle von strengen Grenzwerten und Zeitvorgaben sollte ein gangbarer Weg sowohl für die betroffene Automobil- und Zulieferindustrie (Technik) wie für die Verbraucher (Bezahlbarkeit) aufgezeigt werden. Ein politischer „Blindflug“ mit virtuellen Zielvorgaben ist für keine der beteiligten Seiten hilfreich.

Über die Rolle von Elektromobilität und Wasserstoffantrieb kann man trefflich streiten. Klar ist jedenfalls, dass das Problem der Verbrenner mit Blick auf die Schadstoffemissionen nicht bis 2025 gelöst sein wird. Ob dann die E-Fuels und synthetische Kraftstoffe eine wichtige Rolle spielen werden (was den aktuell existierenden Verbrennern existenziell helfen würde und auch von der Bundesregierung propagiert wurde), bleibt zumindest in Frage zu stellen. Die technische Entwicklung überholt sich aber häufig selbst.

Der Antrag ist in der vorliegenden Form als Diskussionsgrundlage einzustufen. Insoweit ist er nachvollziehbar als Reaktion auf die unrealistischen Pläne der EU zu sehen. Um nicht missverstanden zu werden, es ist richtig, über die aktuelle Euro 6d – Norm hinauszugehen. Aber in einem Rahmen, der für die Beteiligten machbar ist. Dieser Rahmen ist europäisch und muss abgestimmt werden. Allerdings gibt es da ein Gefälle zwischen Staaten mit Automobilindustrie und ohne. Der Aufforderung an die Landesregierung, in dieser Angelegenheit tätig zu werden, kann nur zugestimmt werden. Weitere detaillierte Diskussionen über die Rahmenbedingungen sind daher unausweichlich.